

DGVT fordert gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und deren Schutz vor Gewalt

Presseinformation

Frauen und Mädchen sind nach wie vor in vielen Bereichen der Gesellschaft strukturellen Benachteiligungen ausgesetzt. Insbesondere im Bereich des Schutzes vor Gewalt gebe es nach wie vor Schutzlücken, kritisiert die DGVT anlässlich des Weltfrauentags und fordert die Bundesregierung auf, Zugang zu Zuflucht und Hilfe für alle von Gewalt betroffenen Frauen und ihre Kinder in Deutschland zu garantieren, unabhängig von Alter, Herkunft, Aufenthaltstaus.

Die DGVT unterstützt das in den Koalitionsverhandlungen formulierte Ziel, die Arbeit von Frauenhäusern bedarfsgerecht auszubauen, sowie in Weiterqualifizierung und psychosoziale Hilfen zu investieren. Sie fordert, die Maßnahmen zu konkretisieren und eine ausreichende Finanzierung hierfür ist zu gewährleisten, da ansonsten zu befürchten sei, dass den Worten keine konkrete, dringend notwendige Hilfe folgt.

Die DGVT appelliert an die Bundesregierung, zügig die im Februar in Kraft getretene Istanbul-Konvention umzusetzen, nach welcher Frauen und Mädchen vor allen Formen von Gewalt geschützt werden sollen. Die unterzeichnenden Staaten haben sich verpflichtet, Maßnahmen zum Gewaltschutz und Prävention zu ergreifen. In Deutschland ist jede vierte Frau mindestens einmal im Leben körperlicher oder sexueller Gewalt durch einen Partner ausgesetzt. Die DGVT fordert die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Schutz und Unterstützung für alle gewaltbetroffenen Frauen und deren Kinder und den Ausbau niedrigschwelliger und bedarfsgerechter Hilfs- und Unterstützungsangebote.

Anlässlich des Internationalen Frauentages weist die DGVT zudem auf das nach wie vor für Frauen deutlich höhere Risiko der Altersarmut hin. Nach jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl von Bezieherinnen einer Grundsicherung zwischen 2006 und 2016 von 371 000 auf 682 000 Menschen, davon sind 59 Prozent Frauen. Ein Hauptgrund sind die Unterbrechungen der Erwerbsbiografien nach der Geburt von Kindern. Bisherige Maßnahmen aus der Politik wie das ElterngeldPlus, die Mütterrente und der Ausbau der Kinderbetreuung waren gut gemeint, aber nur selten gut oder vollständig umgesetzt. Wir erwarten von der kommenden Bundesregierung, dass sie sich dieser Thematik annimmt.

Tübingen, März 2018